

Kolja Lindner

---

## Soziale Bewegungen und autoritärer Populismus Proteste und Präsidentschaftswahlen in Frankreich

*Bouna Traoré und Zyed Benna in memoriam*

„Hart“, so kommentierte die linksliberale Tageszeitung *Libération* am 7. Mai dieses Jahres auf ihrer Titelseite die Wahl des vormaligen Innenministers Nicolas Sarkozy zum französischen Präsidenten. Tatsächlich stellt der Sieg des Kandidaten der konservativen UMP für die Linke jenseits des Rheins einen Schock dar – und auf den ersten Blick eine Überraschung. Hatte es in den zwei Jahren vor der Abstimmung nicht starke soziale Bewegungen gegeben? Anlässlich des Referendums über die EU-Verfassung im Mai 2005, den Revolten in den Vorstädten im Herbst des gleichen Jahres sowie den beinahe zum Generalstreik eskalierten Protesten gegen die Einschränkung des Kündigungsschutzes im Frühjahr 2006 hatte sich breite gesellschaftliche Unzufriedenheit manifestiert. Zudem lagen die umfassenden Streiks und Mobilisierungen gegen Renten- und Schulreform sowie die Bewegung der sog. Kulturprekären zum Zeitpunkt der Wahl noch keine vier Jahre zurück. Auch vor dem Hintergrund des von Deutschland historisch stark unterschiedenen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft (Poulantzas 1968, I, 184ff.) bzw. der traditionellen Rückbindung staatlicher Politiken an gesellschaftliche Widersprüche schien zunächst alles für einen Wahlsieg der Linken zu sprechen.

Mit Sarkozy ist Anfang Mai ein Politiker ins Präsidentenamt gewählt worden, der für die sozialen Bewegungen der letzten zwei Jahre Zielscheibe der Proteste war oder zumindest die umstrittenen Maßnahmen mitgetragen und propagiert hat. *Erstens* hat die bürgerliche Rechte in Frankreich 2005 „für ein wirtschaftsliberal motiviertes ‘Ja’ zum Verfassungsvertrag“ (Schmid 2007, 155) geworben. Sarkozy selbst hält auch nach dem gescheiterten Referendum an einer auf die ersten zwei Kapitel (bezogen auf die EU-Institutionen und die Grundrechte) reduzierten Version des Entwurfes fest. Des dritten, wegen Deregulierungsvorschriften besonders kritisierten Teils entledigt, soll der Vertrag Sarkozys Vorstellung nach von den jeweiligen Parlamenten ratifiziert werden – eine Auffassung, die sich beim Brüsseler EU-Gipfel Ende Juni dieses Jahres weitgehend durchsetzte. *Zweitens* hat der damalige Innenminister direkt zum Ausbruch der Unruhen im Herbst 2005 beigetragen, da er die Zunahme von Repression

gegen Vorstadtjugendliche zu verantworten und mit martialischer Rhetorik provokativ begleitet hat (Jobard 2006, 72ff.). Konsequenterweise zielt eine der ersten geplanten rechtspolitischen Maßnahmen Sarkozys direkt auf die revoltierenden Jugendlichen der Vororte: die Abschaffung des Jugendstrafrechts für 16- und 17-Jährige sowie die Einführung von Mindeststrafen bei mehrfach straffällig Gewordenen. Diese Schritte konnte Sarkozy als Innenminister noch nicht durchsetzen. *Drittens* haben die Auseinandersetzungen um die Aufhebung des Kündigungsschutzes für BerufsanfängerInnen unter 26 Jahren zwar zu einem Riss im bürgerlichen Lager geführt (Peter 2006, 69f.). Sarkozys Abgrenzung von seinem damaligen Konkurrenten und als Premierminister für die Krise verantwortlichen Dominique de Villepin blieb jedoch graduell. Der neue Präsident spricht sich für einen einheitlichen Arbeitsvertrag aus, der gleichermaßen für die unbefristeten und die befristeten Arbeitsverhältnisse sowie für ZeitarbeiterInnen gilt und in dessen Rahmen Kündigungsschutz lediglich gemessen an der Dauer der Beschäftigung in einem Unternehmen besteht. Zudem vertritt Sarkozy in der (Hoch-)Schulpolitik – und damit in dem Politikfeld, das die maßgeblichen Akteure der Bewegung vom Frühjahr 2006 betrifft – ein heute typisches Programm der bürgerlichen Rechten: verstärkte Autonomie von und Konkurrenz zwischen den einzelnen, nunmehr vornehmlich privat finanzierten Universitäten, was zu einem weiteren Anwachsen sozialer Ungleichheiten in diesem Bereich führen wird. Zudem soll die Wohnortbindung der Einschulung, die bisher – bei zwar bereits zahlreichen Ausnahmen – ein Minimum an sozialer Durchmischung in den Schulen gewährleistet hat, gelockert bzw. ab kommendem Jahr abgeschafft werden. Diese Maßnahmen sind das genaue Gegenteil dessen, was aus dem Lager der Studierendengewerkschaften gefordert wird (Julliard 2007, 43ff.; 155ff.).

Zweifellos hat auch die sozialistische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal in einigen Politikfeldern ähnliche Vorstellungen propagiert. Insofern wäre auch deren Wahl kein Erfolg der sozialen Bewegungen der letzten Jahre gewesen. Es stellt sich allerdings die Frage, warum die genannten Auseinandersetzungen das gesellschaftliche Klima nicht derart verschoben oder zumindest beeinflusst haben, dass alternative politische Vorstellungen, wie sie sich u.a. in Form von Parteien links der Sozialisten präsentieren, höhere Zustimmung erlangten.<sup>1</sup> Außerdem gilt es zu begreifen, warum trotz der heftigen Proteste kein größerer gesellschaftlicher Widerspruch gegen das autoritär-populistische Programm Sarkozys formuliert wurde und wird. Vor diesem Hintergrund

1 Erhielten die Parteien links der Sozialistischen Partei (PS) im ersten Wahlgang vor fünf Jahren noch gut 19 % der Stimmen, kommen sie dieses Mal auf ziemlich genau 10 %. Die Kommunistische Partei (PCF) fuhr knapp 2, die Grünen und die Trotzlisten von *Lutte Ouvrière* (LO) gut bzw. knapp 1,5 % ein. Lediglich die undogmatisch-trotzkistische *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR) konnte gegenüber 2002 gut 300.000 Stimmen hinzugewinnen und landete bei 4,1 % (*Le Monde*, 27.4.07).

scheint eine genauere Analyse der Mobilisierung und Abstimmung gegen die EU-Verfassung, der Vorstadtrevolten und der Proteste gegen die Einschränkung des Kündigungsschutzes angebracht. Daran anschließend soll geklärt werden, wie trotz der massiven sozialen Konflikte das autoritär-populistische Programm Sarkozys eine Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinnen konnte. Dafür wird abschließend auch auf die Natur der genannten Auseinandersetzungen und die Versäumnisse der Linken im Umgang mit ihnen einzugehen sein.

## EU-Verfassungsreferendum

Das Referendum über die EU-Verfassung bzw. die Kampagne zur Abstimmung lässt sich als soziale Bewegung begreifen, da es in diesem Zusammenhang zu klassischen Aktionsformen des außerinstitutionellen Protests (Kundgebungen, Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen etc.) gekommen ist. Die links des PS situierten Parteien PCF und LCR, sowie eine Minderheit der Grünen haben zusammen mit zahlreichen linken Gruppen eine starke Kampagne gegen die EU-Verfassung getragen. Zudem wurde die Wahl von einer breiten gesellschaftlichen Debatte über den Vertragsentwurf begleitet. Darin ist eine außergewöhnliche Beteiligung am demokratischen Prozess erblickt worden (Bégaudeau/Bertina/Rohe 2007, 14). Die Sozialisten sahen sich sogar gezwungen, ihre Parteimitglieder über den Vertragsentwurf abstimmen zu lassen, wobei dieses Vorgehen die spätere öffentliche Demonstration von Differenzen im Parteiapparat nicht verhindern konnte. Schließlich löste das Votum, in dem sich am 29. Mai 2005 knapp 55 % der französischen Bevölkerung (bei einer Wahlbeteiligung von gut 69 %) gegen die EU-Verfassung aussprachen (*Le Monde*, 31.5.05), eine kleinere institutionelle Krise aus: Jacques Chirac setzte bereits einige Tage nach der Abstimmung de Villepin als neuen Premierminister ein – ein klassisches Manöver französischer Präsidenten, um sich nach ein paar Jahren Amtszeit den Nimbus der Erneuerung zu verschaffen (Andreani 2007). Gegen den Vertragsentwurf sind verschiedene Argumente ins Feld geführt worden. So wurden die mangelnde Zukunftsoffenheit, die Festlegung auf ökonomischen Liberalismus, Abbau des öffentlichen Dienstes und Aufrüstung sowie die Unverbindlichkeit der Grundrechtscharta kritisiert. Auch wenn die optimistische Interpretation des gesellschaftlichen Prozesses im Zusammenhang mit dem Referendum hinterfragt werden sollte, müssen die entmündigenden Interpretationen, nach denen die Ablehnung des Vertragswerkes lediglich auf seine mangelnde „Kommunikation“ zurückzuführen sei, zurückgewiesen werden (Beckmann/Deppe/Heinrich 2006, 309f.). Analysen haben vielmehr gezeigt, dass die explizite politische Reflexion die Ablehnung des Vertrages begründete (Mergier 2005, 15) und innenpolitische Gründe, wie etwa die Ablehnung des damaligen Präsidenten Chirac, für das Abstimmungsverhalten so gut wie keine Rolle spielten (Tiberj 2005, 45f.). Wengleich der daraus geschlossene Vormarsch einer egalitären Gesellschaftskonzeption (Julliard 2007,

11) naïv anmutet, so muss doch festgehalten werden, dass die Mehrheit gegen den Verfassungsvertrag von links mobilisiert und deren „Nein“ sozial und nicht mit anti-europäischem Nationalchauvinismus begründet war (Beckmann/Deppe/Heinrich 2006, 322; Tiberj 2005, 51f.). Hinzu kommt, dass in der französischen Linken soziale Forderungen traditionell mit denen nach Geschlechtergerechtigkeit und Rechten von ImmigrantInnen einhergehen (Hürtgen 2003, 21; Julliard 2007, 200f.). Dennoch war die linke Kampagne gegen den Verfassungsvertrag eigentümlich vereint: in ihrem Zentrum stand – wie schon bei so vielen sozialen Auseinandersetzungen in Frankreich, etwa während des letzten Generalstreiks 1995 – der öffentliche Dienst. Der Präsident der französischen Studentengewerkschaft UNEF, Bruno Julliard, schreibt daher:

„Die Franzosen hängen sehr an ihrem öffentlichen Dienst. Das hat man während des Referendums über die europäische Verfassung gesehen. Für die Vorkämpfer des ‘Nein’ bedrohte die Verfassung den öffentlichen Dienst, dem sie die Existenzberechtigung absprach. [...] Und wenn die Franzosen beim Referendum schließlich ‘Nein’ gewählt haben, so haben sie dies teilweise getan, um der Zerstörung ihres Sozialmodells Einhalt zu gebieten und ihren durch den ‘freien und unverfälschten Wettbewerb’ faktisch in Frage gestellten öffentlichen Dienst zu verteidigen.“ (Julliard 2007, 196)

Wer waren die TrägerInnen des „Nein“ an den Urnen? BeobachterInnen haben die soziale Polarisierung des Votums hervorgehoben (Bégaudeau/ Bertina/Rohe 2007, 10). Tatsächlich stimmten 81 % der IndustriearbeiterInnen und 79 % der Erwerbslosen gegen die Annahme des Verfassungsvertrags, vier Fünftel der höheren und leitenden Angestellten votierten dagegen mit „Ja“ (*Telepolis*, 30.5.05). Wenngleich die These einer „Klassenwahl“ mit Blick auf das Abstimmungsverhalten etwa von LandwirtInnen, HandwerkerInnen und RentnerInnen differenziert werden muss (Le Gall 2005, 103f.), ist unbestreitbar, dass die Zustimmung zur EU-Verfassung mit dem Aufstieg in der sozialen Hierarchie kontinuierlich zunahm. Auch das Wahlverhalten verschiedener Altersgruppen, wie etwa die bei Jugendlichen überdurchschnittlich verbreitete Ablehnung des Vertragsentwurfs, wird auf soziale Gründe zurückgeführt:

„Es sind die der Verfassung unterstellten Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation in Frankreich, die die Abstimmung mit ‘Nein’ hauptsächlich veranlasst haben, v.a. bei den 18- bis 24-jährigen, von denen ein Drittel diesen Aspekt für ihre Ablehnung des zur Abstimmung stehenden Textes anführt. Das Motiv eines zu ‘liberalen’ und nicht ausreichend ‘sozialen’ Konzepts war ebenfalls stark präsent.“ (Cautrès 2005, 96)

Schließlich drückt auch die räumliche Verteilung von Ja- und Nein-Stimmen eine soziale Komponente aus, wenngleich die Zustimmung in den bürgerlichen Innenstädten und die Ablehnung in den sozial abgestiegenen Vorstädten (Le Bras 2005, 62ff.) nicht einfach mit den jeweiligen Durchschnittseinkommen begründet werden kann: „es handelt sich weniger um eine Gegnerschaft zwischen dem Frankreich ‘von unten’ und dem Frankreich ‘von oben’, als um eine Gegnerschaft zwischen einem Frankreich, das am Lauf der Dinge teilnimmt, und einem Frankreich, das von diesem ausgeschlossen ist“ (Mergier

2005, 25). Die Ausgeschlossenen stimmten mehrheitlich mit „Nein“ (Cautrès 2005, 91; Le Bras 2005, 65).

### Banlieurevolten

Fünf Monate nach dem Votum gegen die EU-Verfassung sterben am 27. Oktober 2005 die zwei Jugendlichen Bouna Traoré und Zyed Benna im nördlich von Paris gelegenen Clichy-sous-Bois. Sie flüchten vor einer Polizeikontrolle in ein Umspannwerk und erleiden dort einen tödlichen Stromschlag. Lediglich ihr Freund Mühittin Altun überlebt schwer verletzt. Während KritikerInnen die Verantwortung der Polizei hervorheben (Verfolgungsjagd, unterlassene Hilfeleistung etc.) und kurz darauf bekannt werdende Mitschnitte des Polizeifunks diese Kritik untermauern, streitet Innenminister Sarkozy jegliche Verantwortung ab. Er behauptet, die Polizei habe die Jugendlichen nicht verfolgt und deklariert die Drei zu Kriminellen, die einen Einbruch begangen hätten (Mucchielli 2007, 16f.). In Folge der Todesjagd kommt es zu Ausschreitungen, die sich in ein paar Tagen auf Vorstädte, sog. Banlieues, in allen Teilen des Landes ausweiten.<sup>2</sup> Seit den Unruhen von 1981 in der Hochhaussiedlung Minguettes im nahe Lyon gelegenen Vénissieux haben sich das Anzünden von Autos, die Konfrontation mit der Polizei und der Angriff auf öffentliche Gebäude als Form sog. urbaner Gewalt zwar verstetigt. Neu ist im Herbst 2005 allerdings, dass die Revolte nicht lokal begrenzt bleibt, sondern alle Teile des Landes ergreift. Zudem ist die Reaktion der staatlichen Autoritäten eine Premiere: in Rückgriff auf ein aus der Zeit des Algerienkrieges stammendes Gesetz verhängt Premierminister de Villepin am 8. November den Ausnahmezustand. Einige Tage später stimmen beide Kammern des Parlamentes für die Verlängerung des Notstandes um drei Monate. So erhalten Präfekte das Recht, örtliche Ausgangssperren zu verhängen, wovon in 6 von 100 Départements Gebrauch gemacht wird. Angesichts der juristischen Bilanz lässt sich der Befund einer „Justiz des Ausnahmezustands“ (Sire-Marin 2006, 128) kaum bestreiten. So werden nicht nur rechtsstaatliche Verfahren stark abgekürzt, sondern auch äußerst harte Strafen verhängt. Insgesamt gehen während der drei Wochen dauernden Ausschreitungen knapp 10.000 Autos und 30.000 Mülltonnen sowie mehrere hundert öffentlichen Gebäude in Flammen auf, wobei die Schäden zu 80 % von der öffentlichen Hand getragen werden. Schwer Verletzte bleiben auf allen Seiten aus (Fourest 2007, 13; Mucchielli 2007, 13ff.; *Jungle World*, 1.11.06, S. 28).

<sup>2</sup> Wenn im Folgenden unspezifisch von Banlieues gesprochen wird, ist dies streng genommen nicht richtig, da dieser Begriff ein äußerst heterogenes Ensemble bezeichnet. Im Pariser Ballungsgebiet gibt es z.B. einerseits wohlhabende Vororte wie Neuilly-sur-Seine, als dessen Bürgermeister Sarkozy seine politische Karriere begann, und andererseits verarmte Vorstädte wie La Courneuve, deren Hochhaussiedlung „die 4000“ landesweit bekannt ist. Daher müsste im vorliegenden Zusammenhang eigentlich immer von sozial abgestiegenen Banlieues die Rede sein.

Was sind die Gründe für und die Inhalte der Revolte? Wer sind die Revoltierenden? Grundsätzlich zum Verständnis des Aufstandes ist eine für die französische Gesellschaft spezifische Territorialisierung von Klassenverhältnissen. Diese sozialräumliche Verdichtung struktureller Ungleichheit ist zudem deutlich rassistisch überdeterminiert, ein Umstand der eine ethnisierte Wahrnehmung begünstigt, derzufolge Franzosen mit Migrationshintergrund als „typische“ VertreterInnen der Banlieues wahrgenommen werden (Masclat 2003, 29-111). Wenngleich sich diese Repräsentation sozialer Realität dadurch plausibilisiert, dass z.B. Pariser Vororte vielfach von Menschen mit subsaharischem Migrationshintergrund bewohnt werden (Lagrange 2006, 43), sind diese Verhältnisse keinesfalls umstandslos auf andere Teile Frankreichs übertragbar, da „auch die Angehörigen des *white trash* in den Trabantenstädten leben und an den alltäglichen Gewaltausbrüchen teilhaben“ (Schmid 2005, 12). Vor allem in Nordfrankreich, etwa in der Region Nord-Pas-de-Calais, die infolge des niedergehenden Bergbaus von einer umfassenden sozialen Krise heimgesucht wird, existieren überwiegend „franko-französisch“ geprägte Vorstädte. Der Sozialwissenschaftler Dietmar Loch hebt daher hervor, dass sich die Bevölkerung der Banlieues durch

„interethnisch geprägte Nachbarschaften, Milieus und Altersgruppen [auszeichnet, K.L.], die nach Wohndauer und bei den Jugendlichen mit der gemeinsamen Sozialisation in Schule und Häuserblock über die Jahre hinweg gewachsen sind. [...] Dabei wirkt die Unterscheidung zwischen 'ethnischen Minderheiten' und 'Franzosen' konstruiert, denn die Banlieue hat keinen binären Code. Vielmehr ist es neben der Wohndauer die gemeinsame Alltagserfahrung von Ausgrenzung, Diskriminierung und Selbstorganisation, die soziokulturelle Bindungen herstellt und zur Gruppenbildung städtischer Minderheiten führt. Diskriminierung bedeutet nicht nur Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gegenüber Einwanderern, sie ist auch Folge der Trennung des sozialen Raums. Wer in den Vorstädten wohnt und sich als 'Fremder' vom Rand der Stadt ins urbane Zentrum begibt, wird fast ungeachtet seiner ethnischen Herkunft sozialräumlich diskriminiert, was sich vor allem auf die ohnehin schlechten Zugangschancen zum städtischen Markt auswirkt.“ (Loch 1999, 123)

Die klügeren Analysen zur Situation der französischen Vorstädte sprechen daher in erster Linie – und in Umkehr des medialen Diskurses über Gewalt und Unsicherheit in den Banlieues – über die „unbelebte Gewalt der ökonomischen Strukturen“ (Beaud/Pialoux 2003, 380) und die soziale Unsicherheit, die die Vorort-BewohnerInnen erleiden.

„Diese Art Klassenverhältnisse [in die Analyse, K.L.] wieder einzuführen und so an die Wirklichkeit von Kräfte- und Sinnverhältnissen zu erinnern [...], kann die heute übliche Verschiebung umgehen, nach der die Frage der urbanen Gewalt entweder nur in städtischen oder nur in moralischen Begriffen gedacht wird“ (ebd., 19f.).

Die Sichtbarmachung der sozialen Verhältnisse in Teilen der französischen Vorstädte ergibt ein Bild, das die Frage provoziert, warum dort eigentlich keine permanente Insurrektion stattfindet (Fourest 2007, 17). So versammeln etwa die *Zones urbaines sensibles*, 751 seit Mitte der 1990er Jahre abgegrenzte städti-

sche Gebiete, denen besondere finanzielle Förderung und städtebauliche Maßnahmen zu Teil werden, knapp 5 Millionen Menschen, d.h. 8 % der französischen Bevölkerung. Hier konzentrieren sich Großfamilien und damit sehr junge BewohnerInnen (in manchen Gegenden machen die Jugendlichen unter 20 Jahren die Hälfte der Bevölkerung aus), niedrige Einkommen bzw. Arbeitslosigkeit sowie ImmigrantInnen oder französischen StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund (Mucchielli 2007, 32). Neben den prekären Arbeitsverhältnissen bzw. der Arbeitslosigkeit führen rassistische Diskriminierung und schlechte Wohnbedingungen die Liste der Beschwerden der VorortbewohnerInnen an (AClefeu 2006). Das so entstehende Gefühl, gemeinsam Opfer zu sein, ist der Hintergrund, vor dem es zur Revolte kommt (Mucchielli 2007, 30).<sup>3</sup> Dies wissen auch die französischen Polizeibehörden, die in einer Analyse der Revolte von 2005 herausstellen, dass diese getragen würde von „Jugendlichen, die ein starkes Identitätsgefühl haben, das nicht allein auf ihrem ethnischen oder geographischen Ursprung beruht, sondern auf ihrer sozialen Lebenswelt als Ausgeschlossene der französischen Gesellschaft“ (zit. n. *Le Parisien*, 7.12.05).

So wundert es kaum, dass erste, auf Basis von Justizakten des Départements Seine-Saint-Denis durchgeführte Studien zu den Revoltierenden eine frappierende Homogenität herausstellen:

„Es handelt sich ausschließlich um Männer im Alter zwischen 16 und 21 Jahren. Fast alle besitzen die französische Staatsbürgerschaft und sind in Frankreich geboren, wenngleich die meisten 'fremden Ursprungs' sind, über die Hälfte aus den Ländern des Maghreb. Nahezu alle sind Jungesellen und wohnen bei ihren Eltern. In der Mehrheit handelt es sich um 'traditionelle' Familien (ein verheiratetes Paar mit Kindern), deren Hauptcharakteristikum ihre prekäre sozio-ökonomische Situation ist. Schließlich waren von den Minderjährigen 80 Prozent noch in der Schule, auch wenn sie nach mindestens einmal Sitzenbleiben in die abgewerteten Berufsschulen gekommen sind.“ (vgl. Mucchielli 2007, 22)

Durch die soziale Ohnmacht von räumlicher, rassistischer und ökonomischer Ausgrenzung haben diese Jugendlichen einen „Habitus der Krise“ herausgebildet, dessen Spuren sich selbst „in die Arten zu sein und zu handeln eingeschrieben haben, z.B. in den sprachlichen Ausdruck und die Körperhaltung“ (Beaud/Pialoux 2003, 25). Diese habituelle Konsequenz gesellschaftlichen Ausschlusses verhindert oftmals sozialen Aufstieg oder auch nur eine feste berufliche Anstellung. Die berüchtigte Aggressivität der Vorortjugendlichen erscheint so als Produkt eines Prozesses, der Arbeitsmarkt-, Schul- und Wohnsituation, sowie den Diskurs über die Banlieues artikuliert. Seiner sozialen Ge-

<sup>3</sup> Es gibt innerstädtische Gebiete, die eine ähnliche Sozialstruktur wie die Banlieues aufweisen, in denen es im Herbst 2005 aber dennoch keinen Revolten gegeben hat. An allererster Stelle sind hier die nördlichen Viertel von Marseille zu nennen (Lagrange 2006, 43). Der Umstand, dass es hier keine Ausschreitungen gab, wird auf ein Minimum von Eingebundenheit durch die geographische Lage begründet. Diese könne zwar die soziale Ausgrenzung nicht aufheben, vermittele jedoch ein gewisses Zugehörigkeitsgefühl (Bégaudeau/Bertina/Rohe 2007, 89).

walt vermögen auch Schulabschlüsse oder Ausbildung nichts mehr entgegenzusetzen. Unter den Jugendlichen selbst erfährt die so entstandene antibürgerliche Identität eine Aufwertung. In ihr hat das politische Engagement, das für die Elterngeneration noch ein zentrales Identifikationsangebot war, keinen Platz mehr: auf den Vorstadtjugendlichen lastet ein heute wenig attraktives proletarisches und ein höchst traumatisierendes koloniales Erbe (ebd., 407). Wenn es sich bei den Revoltierenden fast ausschließlich um Männer handelt, so hat dies v.a. damit zu tun, dass aufgrund von struktureller Massenarbeitslosigkeit und gleichzeitigem Aufbrechen der monogeschlechtlichen Arbeitswelt Fabrik (ebd., 203ff.), Männlichkeitskonstruktion in der Domäne der Fabrikarbeit nicht mehr möglich ist. Die Kultur der Provokation (ebd., 345ff.), bzw. die „Asozialität“, die häufig mit den Vorortjugendlichen assoziiert wird, kann v.a. als eine selbstermächtigend-ideologische Reaktion auf die Krise gelesen werden, in der es auch um die Wiederherstellung einer beschädigten Männlichkeit geht, deren neue hegemoniale Form sich aufgrund der prekären Rekonstitutionsbedingungen äußerst gewaltsam darstellt.<sup>4</sup> Dieser antibürgerliche und stark vergeschlechtlichte Habitus wird durch eine weitere Form der Vergemeinschaftung *ex negativo* verstärkt, die der Soziologe Fabien Jobard als „politische Sozialisierung, die tief vom Siegel des Verhältnisses zur Strafjustiz geprägt ist“ (Jobard 2006, 74), beschreibt. So nehmen die verselbständigte und häufig rassistisch motivierte Kontrolllogik sowie die Übergriffe und Verfolgungsjagden durch die in den Banlieues omnipräsente Polizei in den Klagen der BewohnerInnen einen zentralen Platz ein (AClefeu 2006, 11; Jobard 2006, 60ff.). Diese bereits vom europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilten Praxen sind in den letzten 20 Jahren in den französischen Vorstädten immer wieder Auslöser von Revolten gewesen und zugleich der Hintergrund für die tödliche Flucht, die im Herbst 2005 den Aufstand veranlasst hat. Die Unwahrheiten über die angebliche kriminelle Vergangenheit der Revoltierenden, mit denen sich Sarkozy zu Beginn der Auseinandersetzungen hervorgetan hat, sollen einen rein repressiven Umgang mit der Revolte rechtfertigen. Diese Politik fügt sich nicht nur in die seit 2002 mit Innenminister Sarkozy verschärfte Tendenz des Abbaus rechtsstaatlicher Prinzipien ein (Sire-Marin 2006, 129). Sie ist zugleich als „ideologische Aktion, die einen Teil der Bevölkerung stigmatisiert und reale Risiken für die Freiheiten aller beinhaltet“ (Massiah 2006, 84), kritisiert worden und hat der Identitätsbildung einer Bevölkerungs-

4 Vgl. zur Männlichkeitskonstitution bzw. zur hegemonialen Männlichkeit die bahnbrechende Studie von Connell (1995, 49ff.; 97ff.), zur Rekonstitution von Männlichkeit in den Banlieues Mascelet (2003, 113ff.). Die männliche Dominanz während der Revolten wird von verschiedenen BeobachterInnen hervorgehoben, wengleich die Frauen, die in den Banlieues oftmals unter alltäglicher Gewalt leiden, mit den Aufstand überwiegend solidarisch waren, was sich etwa an ihren starken Präsenz bei Aktionen vor den Gerichtssälen zur Unterstützung der Festgenommenen ablesen lässt.

gruppe, die „vor ihren Taten verurteilt“ ist (Jobard 2006, 74ff.), ein weiteres Mal zugearbeitet.

Während sich die Gründe für den Aufstand sowie die Revoltierenden relativ eindeutig identifizieren lassen, gilt dies nicht für ihre Inhalte. Da die Revolte keine unmittelbaren Forderungen transportierte (etwa mittels Flugblättern, Transparenten, Presseerklärungen etc.), wird verschiedentlich über ihre Symbolik spekuliert (Dubet 2006, 62; Massiah 2006, 83f.),<sup>5</sup> aufgrund derer die Revoltierenden als politische Akteure ernst genommen werden müssten (Bégaudeau/Bertina/Rohe 2007, 56f.; Lagrange 2006, 57). Neben den Fabriken und Lagerhallen, die in einer symbolischen Ordnung für nicht vorhandene Arbeitsplätze stünden (Lagrange 2006, 50), konzentrierten sich die Angriffe der Jugendlichen auf schulische Einrichtungen. Die Schule sei im Zentrum des Diskurses um Chancengleichheit, eröffne den SchülerInnen aber keine klassenunabhängigen Aufstiegsmöglichkeiten. Lediglich den Besten werde ein Ausweg aus dem „schulischen Ghetto“ der Vorstädte ermöglicht. Der großen Masse aber werde nicht die unter den sozialen Bedingungen der Banlieues nötige Hilfe zum Lernen geboten. Zudem erführen viele Jugendliche in der Schule rassistische Ausgrenzung, insofern ihre Ausbildung aufgrund pauschalisierender Zuschreibungen von ihren TutorInnen auf technische Berufe festgelegt werde und für ihre eigenen intellektuell-schulischen Ambitionen kein Raum bleibe. Die Schule sei so zu einer weiteren Institution der in den Vorstädten erlittenen sozialen Gewalt und ein Hindernis für den späteren Lebensweg bzw. Gegner der eigenen Person geworden. Schließlich sei die Schule zunehmend der Ort, an dem in den Vororten die Repression ausgeübt werde – gegen die SchülerInnen und ihre Eltern (AClefeu 2006, 12; Fourest 2007, 38ff.; Ott 2007).

### CPE-Protteste

Als Reaktion auf die Banlieurevolten beschließen Nationalversammlung und Senat mit den Stimmen der bürgerlichen Rechten im Januar 2006 das „Gesetz für Chancengleichheit“. Da die Regierung die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verknüpft, wird ohne Sachdebatte eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen beschlossen. Ein Teil davon will rassistische Ausgrenzung verhindern, etwa durch Einführung von anonymisierten Lebensläufen in Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten (Artikel 24) und Verstärkung der

5 Einige AutorInnen erwähnen unmittelbarere Kommunikationsformen. So hätten Vorortjugendliche im Fernsehen den Rücktritt des Innenministers oder allgemein Respekt verlangt (Lagrange 2006, 57) und ihre Personalausweise zum Zeichen ihrer Zugehörigkeit zur französischen Gesellschaft in die Kameras gehalten (Bégaudeau/Bertina/Rohe 2007, 57f.). Die Publizistin Caroline Fourest hebt darüber hinaus hervor, dass die Diagnose der „Sprachlosigkeit“ der Revolte auch einer Ignoranz der Kommunikationsformen der Jugendlichen aus den Vorstädten geschuldet ist. So sei der Internetblog des Radiosenders *Skyrock*, der sich in den Banlieues einiger Beliebtheit erfreut, als Medium zum Ausdruck von Unzufriedenheit und sozialen Forderungen massiv genutzt worden (Fourest 2007, 35).

Kompetenzen einer staatlichen Agentur, die in Fällen von Diskriminierung z.B. bei Arbeitsplatz- oder Wohnungsvergabe eingeschaltet werden kann (Artikel 41-46). Darüber hinaus sieht das Gesetzespaket eine Reihe arbeitsrechtlicher und repressiver Maßnahmen vor. So wird die Möglichkeit geschaffen, bereits mit 14 Jahren in eine Berufsausbildung einzutreten (Artikel 2). Zudem wird das legale Lohnarbeitsalter von 16 auf 14 Jahre, bei Nacht- und Wochenendarbeit auf 15 Jahre (Artikel 3) herabgesetzt. Weiterhin sollen Eltern, deren Kinder die Schule schwänzen oder sich pädagogischen Regeln widersetzen, bestimmte Sozialleistungen entzogen werden (Artikel 48). Neben diesen Bestimmungen, die speziell auf die Jugendlichen der Vorstädte bzw. ihre Familien zugeschnitten sind, enthält das Gesetzespaket den *Contrat Première Embauché* (Ersteinstellungsvertrag, kurz CPE) demzufolge BerufsanfängerInnen unter 26 Jahren während einer zweijährigen „Probezeit“ ohne Angabe von Gründen entlassen können werden sollen (Artikel 8). Diese Einschränkung des Kündigungsschutzes stößt auf Widerspruch der Gewerkschaften, die im Verbund mit Studierenden Anfang Februar 2006 beginnen zu Demonstrationen aufzurufen. Die Studierenden dehnen zudem ihre bereits gegen Sparmaßnahmen im Bildungswesen laufenden Streiks an westfranzösischen Provinzuniversitäten auf den CPE aus. Im Laufe der Monate Februar und März weitet sich die Mobilisierung aus. Zu ihrem Höhepunkt befinden sich dreiviertel aller französischen Universitäten und ein Drittel der Gymnasien im Ausstand (Lagrange/Oberti 2006, 131). Außerdem werden Betriebe bestreikt und Bahnhöfe, Flughäfen sowie Autobahnautostationen blockiert. Zudem versucht das breite Bündnis von SchülerInnen, Studierenden und Gewerkschaften, die Regierung mit wöchentlichen Aktionstagen zum Rückzug zu zwingen. So finden sich mehrfach landesweit über eine Million Menschen zu Demonstrationen zusammen, zu den größten am 28. März und 4. April sogar drei Millionen. Selbst nachdem das von linken ParlamentarierInnen angerufene Verfassungsgericht<sup>6</sup> am 30. März die Zulässigkeit des CPE verkündet und das Gesetz vorbehaltlich in Kraft gesetzt wird, nimmt die Mobilisierung nicht ab. Zwei Monate lang hat sich die Bewegung weder erpressen noch spalten lassen, so dass am 10. April de Villepin schließlich den CPE zurückzieht, sanktioniert durch eine Parlamentsentscheidung zwei Tage später. Nach diesem Beschluss setzen verschiedene Gewerkschaften und Studierendenorganisationen das Ende der Proteste gegen radikalere Teile der Bewegung durch, die die Rücknahme des gesamten Gesetzespaketes fordern (Julliard 2007, 132ff.).

Die Auseinandersetzungen um die Einschränkung des Kündigungsschutzes gehören in eine Reihe sozialer Bewegungen in Frankreich, die sich in den letz-

ten Jahren gegen die zunehmende Prekarisierung der Lebensverhältnisse wehrten. Zu nennen sind hier v.a. die Arbeitslosenproteste der späten 1990er Jahre, die Streiks der sog. Kulturprekären bzw. die Bewegung gegen die Rentenreform sowie die Aktionen von PraktikantInnen. Die umstrittenen Verhältnisse betreffen in besonderem Maße die Jugend unter 30 Jahre, die auch der zentrale Träger der Proteste gegen den CPE war (Lagrange/Oberti 2006, 131). Für diese Altersgruppe besteht insofern eine „französische Besonderheit“ (Beaud/Pialoux 2003, 399), als sie eine im westeuropäischen Vergleich hohe Arbeitslosigkeit aufweist, in gering qualifizierten und unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen überrepräsentiert ist, stark von staatlichen Transferleistungen oder Beschäftigungsprogrammen abhängt sowie unter einem wenig geregelten System der Berufsausbildung zu leiden hat (Ires 2005, 9; 62f.). Gesamtgesellschaftlich relativ privilegiert, hält diese Prekarität zunehmend auch bei HochschulabsolventInnen Einzug. Der Soziologe Lothar Peter sieht daher im CPE zwei sich berührende Prozesse,

„nämlich die Deregulierung des Arbeitsmarktes zum einen und eine immer massiver hervortretende Tendenz zur Deklassierung der Mittelschichten, insbesondere ihrer jüngeren, lohnabhängigen Gruppen, zum anderen. Letztere findet ihren Ausdruck zum Beispiel in der Tatsache, dass Abitur und Hochschulstudium keineswegs mehr ein Eintrittsticket für eine sichere Berufskarriere ausstellen, die gut dotierte berufliche Positionen und einen entsprechenden sozialen Status garantieren. Die Umstellung des höheren Bildungssystems auf eine Quasi-Fließbandproduktion akademischer 'Massenarbeiter' hat die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten von 15 Prozent im Jahr 1965 auf 70 Prozent im Jahr 2005 anschwellen lassen. [...] Das Zusammentreffen radikaler Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse mit bildungsvermittelter sozialer Deklassierung liefert so den Schlüssel zum Verständnis des viele Beobachter überraschenden Phänomens, dass Schülerinnen, Schüler und Studierende an vorderster Front der Protestbewegung stehen.“ (Peter 2006, 63f.)

Werden soziale Bewegungen in Frankreich traditionell vom Industrieproletariat oder den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes getragen, so ging der Protest gegen den CPE von sozialen Gruppen aus, „die bisher überhaupt noch nicht in den kapitalistischen Arbeitsprozess eingegliedert sind“ (ebd., 63). Dabei rekrutieren sich die TrägerInnen der Bewegung überwiegend aus einem sozial tief greifend verunsicherten Kleinbürgertum. So war die Mobilisierung an Universitäten mit wenig selektiven Massenstudiengängen und niedrig angesehenen Abschlüssen in Geistes- und Sozialwissenschaften am stärksten. Die für die Bewegung wichtigen Universitäten befanden sich in den relativ wohlhabenden Provinzstädten Nantes, Bordeaux und Rennes, nicht aber im proletarischen Lille, Metz oder Straßburg, so dass sich verallgemeinern lässt: „die ärmsten Gegenden Frankreichs [...] haben an der Mobilisierung nicht teilgenommen“ (Bégaudeau/Bertina/Rohe 2007, 23). Auch Orte wie Belfort, Montbéliard, Colmar und Straßburg, in denen die Banlieuerevolten im Herbst 2005 besonders heftig waren, spielten in der Bewegung gegen den CPE eine untergeordnete Rolle. Sicher gab es im Pariser Großraum Überschneidungen, doch an den

6 Nach Artikel 61 der französischen Verfassung ist die Anrufung des Verfassungsgerichts ein auf Präsident, Premierminister, Parlamentspräsident, Senatspräsident sowie jeweils 60 Mitglieder von Nationalversammlung und Senat limitiertes Recht.

stark bestreikten Universitäten sind entweder überwiegend Studierende aus wohlhabenden Familien oder aus Mittelschichten eingeschrieben. Die v.a. von Studierenden aus bescheidenen Verhältnissen und Jugendlichen aus Einwandererfamilien besuchten Universitäten benötigten sehr lange, um in den Ausstand zu treten, bzw. waren nur geringfügig an den Streiks beteiligt (Lagrange/Oberti 2006, 139f.; *Le Monde*, 17.3.06). Die TrägerInnen der Bewegung gegen den CPE lassen sich jedoch nicht nur „nach unten“ abgrenzen. Die in Frankreich einzigartigen *Grandes Ecoles*, die im Gegensatz zu den nahezu kostenlosen und nicht zulassungsbeschränkten Universitäten in der Regel Gebühren erheben, harte Aufnahmeprüfungen durchführen, stark am höheren Arbeitsmarkt ausgerichtet sind und vornehmlich von gesellschaftlichen Eliten besucht werden, haben sich an den Mobilisierungen de facto nicht beteiligt (*Jungle World*, 12.4.06, S. 12). Auch an den Schulen lässt sich eine großteils kleinbürgerliche Mobilisierung feststellen. Hier waren es zunächst die „durchschnittlichen“ Gymnasien und nicht die häufig von Vorstadtjugendlichen besuchten Berufsschulen, die den Streik getragen haben. Letztere sind erst spät Teil der Bewegung geworden. Von ihnen kommen zugleich diejenigen, die auf verschiedenen Demonstrationen Gewalt gegen DemonstrantInnen angewendet haben, meist um sie zu berauben – Handlungen, die neben dem gemeinsamen Kampf gegen Prekarisierung die stark verschiedenen Lebensverhältnisse illustrieren (Lagrange/Oberti 2006, 139ff). Sowohl der Umstand, dass die Proteste gegen die Einschränkung des Kündigungsschutzes v.a. in den städtischen Zentren stattfinden, als auch die Tatsache, dass das Ende der Auseinandersetzungen durch die Rücknahme allein des CPE (und nicht des ganzen „Gesetzes zur Chancengleichheit“) besiegelt wird, sind symptomatisch: die schleichende Prekarisierung betrifft zunehmend das gesellschaftliche Zentrum (Bégau-deau/Bertina/Rohe 2007, 102).

### „Imaginons la France d'après“ (UMP)

In den beiden Wahlgängen am 22. April und 6. Mai dieses Jahres haben mit jeweils etwa 84 % Beteiligung so viele WählerInnen wie seit 30 Jahren nicht mehr bei einer Präsidentschaftswahl abgestimmt. Die Beteiligung jener Kreise der französischen Bevölkerung, die sich in den letzten Jahrzehnten aus dem politischen Geschehen herausgehalten haben, hat dabei deutlich zugenommen. Dies gilt auch für die Banlieues, in denen sich bereits im Vorfeld der Abstimmung deutlich mehr Menschen in die Wahllisten eingeschrieben haben. Deutliche Stimmenverluste musste v.a. der rechtsextreme *Front National* (FN) im ersten Wahlgang hinnehmen, wobei die Stimmen hauptsächlich ins Lager von Sarkozy wanderten. Im zweiten Wahlgang hatte dessen Konkurrentin Royal mit rund 46,8 % das schwächste Wahlergebnis für die Sozialisten in der zweiten Runde einer Präsidentschaftswahl seit Einführung der Direktwahl des Staatsoberhauptes 1965 erzielt (Schmid 2007, 179ff.). Auch die beiden

Durchgänge der Parlamentswahlen gut einen Monat nach dem Votum für Sarkozy brachten eine breite Mehrheit für die rechte UMP, wenngleich die Zustimmung weniger deutlich als erwartet ausfiel und nur gut 60 % der französischen Bevölkerung abstimmten (*Le Monde*, 12.6.07 und 19.6.07). Die Niederlage der Linken ist trotz der heftigen sozialen Auseinandersetzungen in den Jahren 2005 und 2006 offenkundig. Weder die regierungserprobten (PS, PCF, Grüne), noch die gesellschaftskritischeren linken Parteien (LCR, LO, „Antiliberalen“) haben die Wahl gewinnen oder bedeutende Stimmenzuwächse verzeichnen können. Auch Gewerkschaften und linke Gruppen haben es in den letzten Jahren nicht geschafft das gesellschaftliche Klima so zu beeinflussen, dass dem autoritären Projekt des neuen französischen Präsidenten eine klare Absage erteilt wird. Im Gegenteil, dieses verfügt in Frankreich derzeit über eine breite gesellschaftliche Mehrheit. Verschiedentlich ist in dieser Konstellation eine Neuauflage des Bonapartismus gesehen worden (Massiah 2006, 85f.) und tatsächlich erinnert die gegenüber verschiedenen Klassenfraktionen verselbständigte und starke Macht des Präsidenten an die Marxsche Analyse des Regimes von Napoleon III. (Marx 1852, 127f.). Mir scheint die derzeitige Konstellation dennoch eher mit dem von Nicos Poulantzas und – im Anschluss an ihn und für veränderte politisch-ökonomische Bedingungen – von Stuart Hall beschriebenen „autoritären Etatismus“ bzw. „autoritären Populismus“ vergleichbar. Frankreich erlebt gegenwärtig eine umfassende politische und soziale Krise. Wie die Proteste gegen den CPE gezeigt haben, zerfällt in zunehmendem Maße das Bündnis zwischen Bourgeoisie und Kleinbürgertum (Poulantzas 1978, 228ff.). Sarkozys Antwort auf diese Krise ist ein zunehmender Autoritarismus. Der neue Präsident, der schon als Innenminister nicht davor zurückschreckte, der Judikative politische Vorhaltungen zu machen, agiert als das eigentliche Regierungsoberhaupt (Andreani 2007), obwohl Artikel 20 der französischen Verfassung vorschreibt, dass der Premierminister „die nationale Politik bestimmt und führt“. Auch die klassisch-plebiszitären Züge autoritärer Herrschaft (Poulantzas 1978, 253f.) lassen sich beobachten: Sarkozy hat allen Mitgliedern des von ihm ernannten Kabinetts unter Premierminister François Fillon bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Juni die Auflage erteilt, zum Verbleib in ihren Ämtern ihren Wahlkreis zu gewinnen, d.h. direkt von der Bevölkerung bestätigt zu werden. Da Alain Juppé, vormalis Staatsminister für Ökologie und nachhaltige Entwicklung, dieser Erfolg nicht vergönnt war, wurde bereits nach gut einem Monat eine Kabinettsumbildung fällig. Darüber hinaus finden sich bei Sarkozy zwei weitere Strategien autoritärer Herrschaft. Einerseits versucht er durch die Besetzung unterschiedlichster Symbole die verschiedenen politischen Lager zu überwinden.<sup>7</sup> Andererseits

<sup>7</sup> So hat Sarkozy das Bildungsministerium angewiesen, zukünftig am Beginn jedes Schuljahres vor SchülerInnen den Abschiedsbrief des von den Deutschen hingerichteten kommunisti-

versteht es der neue Präsident, mit moralischen Anrufungen zu mobilisieren, etwa den Behauptungen vererbbarer Pädophilie oder in den Banlieues grassierender Polygamie. Diese „ständigen und unablässigen Operationen, die dazu dienen, in diese neuen Formen eines staatlichen Autoritarismus einen populären Konsensus hineinzubinden oder zu konstruieren“ (Hall 1980, 109) dienen zugleich dazu „eine Moral des gesellschaftlichen Zusammenlebens [zu] etablieren, die der demokratischen Debatte entzogen ist“ (Schmid 2007, 145).

Dieses politische Projekt der französischen Konservativen ist von neuen Formen der Regulation gesellschaftlicher Widersprüche flankiert. So traf Sarkozy teilweise noch vor seiner Amtseinführung RepräsentantInnen aller vom Gesetzgeber als repräsentativ anerkannten Gewerkschaften und Kapitalverbände. Da die französischen Gewerkschaften traditionell vor möglichen Verhandlungen ihre Interessen im Betrieb und auf der Straße zum Ausdruck bringen und diese Strategie im Zusammenhang mit der CPE-Krise beinahe zu einem Generalstreik geführt hätte, hat die bürgerliche Rechte aus den Auseinandersetzungen im Frühjahr 2006 die Konsequenz gezogen, die Formen der Aushandlung divergierender sozialer Interessen zu erneuern. So sieht das im Januar 2007 verabschiedete „Gesetz zur Modernisierung des sozialen Dialoges“ eine vorzeitige Konsultation von Kapital und Arbeit vor, sollte ein geplantes Gesetz Arbeitsbeziehungen, Beschäftigung oder Berufsausbildung betreffen. Der darüber hinaus von Sarkozy vorgeschlagene „neue ‘republikanische’ Vertrag“ (Bertho 2006, 40) betrifft grundlegend die Ideologie, mit der sich der Staat in Frankreich als Kohäsionsfaktor präsentiert (Poulantzas 1968, I, 40ff.; II, 36f.) – eine Kohäsion, die sich bisweilen als autoritärer Anpassungszwang gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten darstellt. Sarkozy will den seit 1905 in Frankreich gesetzlich verankerten Laizismus aufgeben und „künftig verstärkt religiöse Konfessionsgruppen in gesellschaftliche Aufgaben einbinden“ (Schmid 2007, 11), v.a. als „soziale Ordnungsstifter und Stabilitätsfaktoren“ (ebd., 138) insbesondere in den Banlieues (Fourest 2007, 29ff.). Während die Linke demgegenüber nahezu ausnahmslos am Republikanismus festhält, wissen die Konservativen, „dass ‘es nicht so weitergehen kann wie bisher‘“ (Hall 1980, 108), d.h. dass bestehende gesellschaftliche Widersprüche die bisherigen Regulationsmodelle in Frage stellen. Insofern ist Sarkozys Aufstieg mit dem des Thatcherismus in Großbritannien vergleichbar: Die bürgerliche Rechte hat „sich selbst zu einem Instrument geformt, das in der Lage ist, ein neues Gleichgewicht herzustellen, welches das System nur auf Kosten *seiner* radikalen *Transformation* erhält“ (ebd.). In diesem Zusammenhang gehört auch die französische Debatte um *affirmative action*, bzw. *discrimination positive* – Maßnah-

men, die dem klassisch-republikanischen Ideal der Gleichheit widersprechen. Von der Linken einhellig zurückgewiesen, werden diese von Sarkozy als Herrschaftsstrategie propagiert. Sie sollen Ansätze zu sozialer und politischer Partizipation für Ausgeschlossene bieten, ohne grundsätzlich die Einrichtung der Gesellschaft in Frage zu stellen. Auch die Berufung von „sichtbaren Minderheiten“ in das Kabinett Fillon sowie die Maßnahmen gegen rassistische Diskriminierung im „Gesetz für Chancengleichheit“ fügen sich in diesen Kontext ein.

### Sozialer Partikularismus und linke Versäumnisse

Dass Sarkozys autoritärer Populismus derzeit große gesellschaftliche Mehrheiten für sich mobilisieren kann, liegt nicht nur daran, wie die französische Rechte die gesellschaftlichen Widersprüche zu regulieren versucht. Auch die Strukturen dieser Widersprüche selbst und der Umgang der Linken mit ihnen tragen dazu bei. So erweist sich die in den drei oben analysierten sozialen Bewegungen zum Ausdruck gekommene gesellschaftliche Unzufriedenheit bisweilen als sozialer Partikularismus.

Die linke Kampagne zum EU-Verfassungsreferendum stand unter dem Schlagwort des „Antiliberalismus“, womit in Frankreich die Ablehnung wirtschaftsliberaler Politiken bezeichnet wird. Dessen mobilisierende und vereinheitlichende Klammer ist in Folge des Abstimmungserfolgs vollkommen überschätzt worden:

„das Nein des Referendums vom 29 Mai 2005 war kein ‘*Nein der Linken*’, sondern ein ‘*Nein auf der Linken*’. Dieser Ausdruck der Verweigerung eines liberalen Europas brachte keine ausreichende politische Grundlage hervor, um ‘*eine glaubwürdige Alternative*’ zu erschaffen, wie sie [die ‘Antiliberalen’, K.L.] es sich alle gewünscht haben. Während der näher kommenden Präsidentschaftswahl haben sich die ‘*Neinsager*’ ihren gewohnten politischen Koordinaten zugewandt, vor allem der sozialistischen Partei“ (Zappi 2007, 2).

Das Projekt, mit einer gemeinsamen „antiliberalen“ Präsidentschaftskandidatur an den damaligen Abstimmungserfolg anzuknüpfen, ist jedoch nicht nur an der Heterogenität des „Neins“ gescheitert. Auch parteipolitische Eitelkeiten haben den Traum von „10 Prozent plus X“ zu Nichte gemacht. So ist die LCR frühzeitig aus dem Bündnis ausgeschert, da sie die Einheitskandidatur zu einem Steigbügelhalter für die Sozialisten verkommen sah. Die parteinahen Intellektuellen Antoine Artous und Stathis Kouvelakis haben dafür u.a. eine arrogante Haltung verantwortlich gemacht, nach der sich die trotzistische Partei als „die einzige politische Alternative zum PS [ansieht], fähig, unmittelbar um sich die Aktivisten zu sammeln, die sich am Aufbau einer neuen politischen Kraft beteiligen wollen“ (Artous/Kouvelakis 2007). Diese Haltung stehe einem ernsthaften Sich-Einlassen auf die Dynamiken und Prozesse bestehender sozialer Bewegungen entgegen. Der marxistische Theoretiker Jacques Bidet sah dagegen v.a. den PCF für das Scheitern der Gemeinschaftskandidatur in der Verantwortung. Die Parteikommunisten hatten zunächst versucht, innerhalb

schen Widerstandskämpfers Guy Môquet verlesen zu lassen (*Le Monde*, 18.5.07). Der Historiker Gérard Noiriel hat darauf hingewiesen (*Libération*, 22.5.07), dass diese Geschichtspolitik das Ziel verfolgt, parteipolitische Zugehörigkeiten zu transzendieren und „einen Konsens herzustellen, der die Machtverhältnisse und sozialen Kämpfe verschleiert“.



der „antiliberalen“ Kollektive ihre Generalsekretärin Marie-George Buffet als Gemeinschaftskandidatin durchzusetzen und waren nach dem Scheitern dieser Strategie im Dezember 2006 mit einer separaten Kandidatur faktisch aus dem Zusammenschluss ausgestiegen, der kurze Zeit darauf den ehemaligen Vorsitzenden der Bauerngewerkschaft *Confédération paysanne*, José Bové, als Bewerber ins Rennen schickte. Bidet bemängelte die Absage des PCF an ein ergebnisoffenes linkes Bündnisprojekt (Bidet 2006). Die soziale Bewegung gegen die EU-Verfassung konnte den Erfolg Sarkozys aus zwei Gründen also schwerlich behindern. Das „Nein“ wurde oftmals lediglich von einem sozialstaatsaffirmativen Partikularismus motiviert. Dieser ist auch vor dem Hintergrund der in Frankreich weit verbreiteten diffusen Angst vor dem Neoliberalismus zu sehen. Wie wenig diese gesellschaftliche Unzufriedenheit einem autoritär-populistischen Projekt à la Sarkozy entgegensteht, wurde zuletzt im Juni dieses Jahres auf dem Brüsseler EU-Gipfel illustriert. Hier war es kein anderer als der neue französische Präsident, der unter Verweis auf das Abstimmungsverhalten seiner Landsleute durchsetzte, dass das Streben nach „freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ im reformierten Verfassungsvertrag nicht mehr als eines der „Ziele der Union“ aufgeführt wird (F.A.Z., 23.6.07). Einer solchen Integration würde sich ein als Antikapitalismus konkretisierter „Antiliberalismus“ von selbst entziehen. Der zweite Grund dafür, dass die Kampagne gegen die EU-Verfassung Sarkozys Aufstieg an den Wahlurnen nichts entgegenzusetzen vermochte, liegt im strategischen Fehler der französischen Linken, die gemeinsame „antiliberalen“ Präsidentschaftskandidatur scheitern zu lassen. Hierdurch wurde die realistische Chance auf „einen Pol der Radikalität auf der Linken, der in der Lage ist, dauerhaft auf die Wahlgleichgewichte Einfluss zu nehmen“ (Tiberj 2005, 51), vertan.

Bezüglich der Banlieues lässt sich festhalten, dass angesichts der berüchtigten und stark vergeschlechtlichten Aggressivität der Vorstadtjugendlichen sowie ihrer z.T. autodestruktiven Aktionen ein Bündnis der Linken mit ihnen schwierig ist. Dennoch wäre ein solches eine absolute Notwendigkeit.<sup>8</sup> Und dies nicht nur, weil Sarkozys seit Jahren geführter Kampf gegen die Vorstädte ein wichtiges Thema bei der WählerInnenmobilisierung war, dem die Linken nichts entgegenzusetzen hatte. Die Revolten sind darüber hinaus weniger einem sozialen Partikularismus geschuldet, als dass sie einen Klassenkampf mit „eigentümliche[r] Physiognomie“ (Marx 1852, 138) darstellen. Dieser hat mit seinem Aufbegehren gegen territorialisierte Klassenverhältnisse und Rassismus einen gewichtigeren Einsatz als der „Antiliberalismus“ des EU-Verfassungsrefe-

<sup>8</sup> Dass eine solche Praxis überhaupt als sinnvoll erachtet werden kann, geht maßgeblich darauf zurück, dass sich die Revolten bisher nicht explizit antiemanzipatorisch gezeigt haben. Im Unterschied etwa zu Großbritannien ist es nicht zu Gewalt zwischen verschiedenen *communities* gekommen. Zudem hat es keine antisemitischen Übergriffe gegeben. Sollten sich die Revolten in solchen Formen präsentieren, wäre das hiesige Solidaritäts-Plädoyer zu revidieren.

rendums. Die Linke hat im Herbst 2005 in ihrer übergroßen Mehrheit jedoch geschwiegen. Während in den frühen 1980er Jahren im Anschluss an den Aufstand in der Siedlung Minguettes Hungerstreiks gegen die Abschiebungen von ImmigrantInnen, willkürliche Festnahmen und Polizeigewalt unternommen wurden, bzw. sich als Reaktion auf eine Welle rassistischer Übergriffe 1983 eine machtvolle Demonstration von Einwandererkindern der zweiten Generation von Marseille nach Paris in Bewegung setzte, fand die Revolte vor knapp zwei Jahren in einem politischen Vakuum statt. Dies liegt u.a. daran, dass Vereinigungen wie *SOS-Racisme*, die damals aus der Bewegung hervorgingen, von den linken Parteien paternalistisch vereinnahmt wurden. Diese Instrumentalisierung sozialer Bewegungen aus den Vororten hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten fortgesetzt, so dass eine „Spaltung zwischen den Antirassismusorganisationen und den radikalisierten, in den Vorstädten verbliebenen Jugendlichen“ (Loch 1999, 131) eingetreten ist bzw. „Aktivisten der Siedlungen“ (Masclat 2003, 173) entstanden sind: sozial engagierte Jugendliche, die sich von politischem Engagement fern halten. Bereits die in den 1990er Jahren stattfindenden Banlieuerevolten waren von einer deutlichen Spannung mit der Linken geprägt, bzw. haben die in den Vororten an Einfluss gewinnenden Islamisten versucht, Aufstände zu verhindern (Dubet 2006, 59; Lagrange 2006, 52ff.). Immerhin hat sich in Folge der Revolten vom Herbst 2005 die Gruppe *ACI feu* gegründet, deren Kampagnen und Demonstrationen von einer großen Öffentlichkeit begleitet wurden, die organisatorisch aber schwach ist und eine geringe Mobilisierungsfähigkeit besitzt. Zudem droht die Gruppe ähnlich wie schon die 2003 aus den Banlieues entstandene feministische Bewegung *Ni putes, ni soumises* zu einer Satellitenorganisation der sozialistischen Partei zu werden.

Die schwache Beteiligung an und Unterstützung von Initiativen, die aus den Vorstädten selbst kommen, ist jedoch nur eines der Versäumnisse der französischen Linken. Die ausgebliebene Mobilisierung gegen die Repression der Revolten – eine im Vergleich zur direkten Solidarisierung mit dem Aufstand relativ einfache politische Praxis – wiegt mindestens genau so schwer. Weder PS noch PCF haben parlamentarisch gegen den rein repressiven und damit jeden politischen Gehalt negierenden Umgang mit der Revolte opponiert. Wurde gegen den CPE Verfassungsklage eingereicht, hat kein einziges Mitglied der Nationalversammlung oder des Senats gegen den Ausnahmezustand das höchste französische Gericht angerufen oder sich auch nur die Forderung einiger Menschenrechtsgruppen nach Amnestie der Festgenommenen zu eigen gemacht (Bertho 2006, 31). Auch die radikale Linke wie etwa die LCR brauchte über 10 Tage, um öffentlich zu dem Aufstand Stellung zu nehmen. Sie verurteilte in ihrer damaligen Presseerklärung wie die Grünen und der PCF die Verhängung des Ausnahmezustandes (Le Goaziou 2007, 42f.). Auf der Straße fanden sich in Paris im November 2005 zwei Mal für französische Verhältnisse

verschwindend wenige DemonstrantInnen zu Versammlungen gegen die Wiederbelebung des repressiven Kolonialgesetzes zusammen. Bei den Trauermärschen für die beiden Jugendlichen Traoré und Benna in Clichy-sous-Bois sind die BewohnerInnen sowohl im November 2005, als auch am ersten Jahrestag 2006 weitgehend unter sich geblieben. Der Paternalismus und die Ignoranz der Linken gegenüber den Menschen aus den Vorstädten drohen die destruktiven Tendenzen ihrer Revolten zu verstärken. Eine Parteinahme für sie würde dagegen nicht nur die Möglichkeit einer antipartikularistischen Praxis eröffnen. Sie wäre zugleich ein Gebot der politischen Vernunft in einer Situation, in der sich als Alternative zu sozialen Kämpfen Ethnisierung und Islamisierung am Horizont abzuzeichnen beginnen. Schließlich trägt die fortgesetzte linke Ignoranz maßgeblich dazu bei, dass die französische Rechte ihr autoritär-populistisches Projekt als Angriff auf die „neuen gefährlichen Klassen“ (Beaud/Pialoux) ungehindert formulieren und umsetzen kann.

Im Zusammenhang mit der Bewegung gegen den CPE waren zwei Prozesse zu beobachten, die eine Abkehr von sozialem Partikularismus darstellen. Erstens öffneten die Proteste gerade in ihrer Anfangszeit Räume, in denen z.T. sehr grundsätzliche gesellschaftliche Diskussionen stattgefunden haben. Zu denken ist hier v.a. an die studentischen Vollversammlungen und besetzten Universitäten, aber auch an die ersten, noch nicht von den Ordnungsdiensten der Gewerkschaften eingefassten und entschärften Demonstrationen. Zweitens berührt der Widerstand gegen die zunehmende Prekarisierung der Lebensverhältnisse eine, wenn nicht sogar *die* zentrale Tendenz aktueller Formen kapitalistischer Vergesellschaftung. Die soziale Mobilisierung neuer gesellschaftlicher Kreise könnte in Frankreich dauerhaft einen dritten starken Träger sozialer Bewegungen (neben Industrieproletariat und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes) hervorbringen: das „Prekariat“, eine verschiedene soziale Akteure wie KulturarbeiterInnen, Studierende und ImmigrantInnen umfassende Gruppe, die aufgrund ihrer Heterogenität besonders geeignet scheint, isolierte soziale Forderungen zu überwinden. Noch ist die Gefahr des Partikularismus jedoch nicht gebannt. Das Ende der Bewegung vom Frühjahr 2006 „auf dem Rücken“ der BanlieuebewohnerInnen – die speziell auf sie abzielenden Artikel des „Gesetzes für Chancengleichheit“ wurden nicht zurückgezogen – hat dies praktisch deutlich werden lassen. Zu der von Peter für die Auseinandersetzungen um den CPE konstatierte „Vereinheitlichung differenzierter sozialer Interessen“ (Peter 2006, 69) ist es nur temporär gekommen. Dennoch scheint der vielfach gegen die Proteste erhobene Vorwurf der Privilegiensicherung problematisch. Zunächst ist Kündigungsschutz kein Privileg. Außerdem lassen die Klassenfragmentierungen innerhalb des französischen Hochschulsystems es keinesfalls zu, schlicht von einer Bewegung privilegierter Studierender auszugehen. Auffällig ist jedoch, dass die TrägerInnen der Proteste ein bestimmtes soziales Profil aufwiesen und dementsprechende partikularistische Forderungen

gen nach einem der akademischen Ausbildung „entsprechenden“ sozialen Lebensweg deutlich vernehmbar waren. Was die Rolle der Linken in den Protesten angeht, kann den verschiedenen Gewerkschaften der abhängigen Beschäftigten, Studierenden und SchülerInnen zwar angerechnet werden, dass sie sich trotz des Drucks der Regierung de Villepin nicht haben erpressen oder spalten lassen und die Mobilisierung trotz z.T. widriger Umstände aufrechterhalten und verbreitert haben. Zudem muss anerkannt werden, dass es die französischen Gewerkschaften in den letzten Jahren verstanden haben, den an Bedeutung zunehmenden Kampf gegen Prekarisierung neben den klassischen Tarifauseinandersetzungen zu einem Angriffspunkt zu machen (Hürtgen 2003, 17ff.). Gleichzeitig wirft der Verlauf der Proteste jedoch heikle Fragen für eine grundsätzlich gesellschaftskritische Gewerkschaftspolitik auf, immerhin gingen von den Gewerkschaftsapparaten zahlreiche kontraproduktive Initiativen aus. Aufgrund der von Deutschland unterschiedenen Konfliktkultur haben die Spitzen der großen Lohnabhängigen-Organisationen oftmals kein Interesse an allzu schwachen Mobilisierungen, da diese ihnen lediglich eine schwache Verhandlungsposition verschaffen. Dies zeigte sich zu Beginn der CPE-Proteste, als die Führungen der klassischen Gewerkschaften beinahe die Flinte ins Korn geworfen hätten und es im Wesentlichen den Studierenden zu verdanken war, dass die Bewegung weiter ging und ausgeweitet wurde. Während der Monate Februar und März 2006 waren die großen Gewerkschaften ständig versucht, die Mobilisierung an den Aktionstagen der Studierenden und SchülerInnen nicht zu stark werden zu lassen und Ausstände oder gar einen Generalstreik zu verhindern. Dies war ähnlich bereits bei den Auseinandersetzungen im Jahr 2003 der Fall, weshalb viele der damals Streikenden sich in der Folge gewerkschaftsunabhängig organisierten und die rechtssozialdemokratische CFDT bedeutende Mitgliederverluste zu verbuchen hatte. Schließlich haben die verschiedenen Gewerkschaften das Ende der Proteste gegen alle diejenigen durchgesetzt, die mit der Bewegung den Rückzug des „Gesetzes zur Chancengleichheit“ durchsetzen wollten. Mit dem Ausbremsen von Protesten, der Verhinderung eines Generalstreiks und dem autoritären Agieren gegen radikalere Teile der Bewegungen haben die Gewerkschaften dem Partikularismus vorgearbeitet. Die Linke wird gegen autoritären Populismus jedoch nur mit breiten und umfassenden sozialen Mobilisierungen, d.h. der „Ausweitung des populär-demokratischen Kampfes“ (Hall 1980, 106) erfolgreich sein.

### Imaginons un autre monde

Die sozialen Bewegungen der letzten Jahre werfen die Frage auf, wie verschiedene gesellschaftliche Auseinandersetzungen zusammengeführt und in der aktuellen ökonomischen und politischen Krise verortet werden können. Die französische Linke hat hier insofern ein Verdienst, als sie die sich durch zu-

nehmende Prekarisierung manifestierenden Widersprüche in ihre politische Praxis aufgenommen hat. Ob jedoch „Antiliberalismus“ die adäquate Antwort auf aktuelle Tendenzen kapitalistischer Vergesellschaftung ist, muss bezweifelt werden. Das Verständnis der politischen Krise durch die französische Linke ist ebenfalls problematisch. Der allseits geteilte Republikanismus scheint unter den bestehenden Voraussetzungen nicht geeignet, eine freie und egalitäre Gesellschaft zu erstreiten. Zudem hinterlässt die linke Republik-Versessenheit ein Vakuum, das von der bürgerlichen Rechten und Splittergruppen wie den *Indigènes de la République* antiemanzipatorisch gefüllt werden kann. Von einander losgelöste gesellschaftliche Auseinandersetzungen begünstigen eine Situation, in der die verschiedenen partikularistischen Bewegungen als Triebkräfte einer auseinanderdriftenden Gesellschaft wahrgenommen werden, die einen „starken Mann“ wie Sarkozy braucht, der mit hartem Durchgreifen das zu erwartende Chaos verhindert. Mit den antipartikularistischen Kämpfen in den und anhand der Banlieues könnte eine effektive Gegenwehr zum autoritär-populistischen Projekt der französischen Konservativen entwickelt werden. Bedauerlicherweise ist eine solche derzeit kaum in Sicht.

## Literatur

- AClefeu (2006): „Les cahiers de doléances. La synthèse“, [http://www.ldh-france.org/media/actualites/Synthese\\_doleances\[1\].pdf](http://www.ldh-france.org/media/actualites/Synthese_doleances[1].pdf)
- Andreani, Jean-Louis (2007): „Une V<sup>e</sup> présidentialisée“, in: *Le Monde*, 22.5.07, S. 2.
- Artous, Antoine/Kouvelakis, Stathis (2007): „France: les leçons d’une défaite“, <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article6460>
- Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2003): *Violences urbaines, violence sociale. Genèse des nouvelles classes dangereuses*, Paris 2003 (Fayard).
- Beckmann, Martin/Deppe, Frank/Heinrich, Mathis (2006): „In schlechter Verfassung? Ursachen und Konsequenzen der EU-Verfassungskrise“, in: *PROKLA* 144, S. 307-324.
- Bégaudeau, François/Bertina, Arno/Rohe, Oliver (2007): *Une année en France. Référendum/Banlieues/CPE*, Paris 2007 (Gallimard).
- Belaïd, Charik (Hg.) (2006): *Banlieue, lendemains de révolte*, Paris 2006 (La Dispute).
- Bertho, Alain (2006): „Bievenue au 21<sup>e</sup> siècle!“, in: Belaïd 2006, S. 29-42.
- Bidet, Jacques (2006): „L’histoire du PCF se répète, en farce. Le coup de force de Mme Buffet pour la présidentielle rappelle le ‘Parti’ d’autrefois. Pour le pire“, in: *Le Monde*, 26.12.06, S. 12.
- Cautrès, Bruno (2005): „Une fracture générationnelle?“, in: Finchelstein 2005, S. 78-99.
- Connell, Robert W. (1995): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*, Opladen 1999 (Leske + Budrich).
- Dubet, François (2006): „Le retour à l’ordre, et après?“, in: Belaïd 2006, S. 57-68.
- Finchelstein, Gilles (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit non. Comprendre le référendum du 29 mai 2005*, Paris 2005 (Plon).
- Fourest, Caroline (2007): *Le choc des préjugés. L’impasse des postures sécuritaires et victimaires*, Paris 2007 (Calmann-Lévy).
- Hall, Stuart (1980), „Populär-demokratischer oder autoritärer Populismus“, in: Haug, Wolfgang F./Elffferding, Wieland (Hg.): *Neue soziale Bewegungen und Marxismus*, Berlin 1982 (Argument), S. 104-124.
- Hürtgen, Stefanie (2003): „Gestaltung des Anpassungsdrucks“, ‘Rückkehr zu bewährter Gewerkschaftspolitik’ oder ‘Kampf um soziale Transformation’? Gewerkschaftliche Positionen zur Globalisierung in Deutschland und Frankreich“, in: *PROKLA* 130, S. 7-29.

- Ires (Institut de recherches économiques et sociales) (2005): *Les mutations de l’emploi en France*, Paris 2005 (La Découverte).
- Jobard, Fabien (2006): „Sociologie politique de la ‘racaille’“, in: Lagrange/Oberti, S. 59-80.
- Julliard, Bruno (2007): *Génération CPE*, Paris 2007 (Privé).
- Lagrange, Hugues (2006): „Autopsie d’une vague d’émeutes“, in: Lagrange/Oberti, S. 37-58.
- Lagrange, Hugues; Oberti, Marco (Hg.) (2006): *Emeutes urbaines et protestations. Une singularité française*, Paris 2006 (Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques).
- Lagrange, Hugues; Oberti, Marco (2006): „Le mouvement anti-CPE et l’unité des jeunes“, in: Lagrange/Oberti, S. 131-146.
- Le Bras, Hervé (2005): „La mémoire des territoires“, in: Finchelstein 2005, S. 56-77.
- Le Gall, Gérard (2005): „La démythification d’un ‘non’ tribunitien“, in: Finchelstein 2005, S. 100-123.
- Le Goaziou, Véronique (2007): „La classe politique française et les émeutes: silence et déni“, in: Le Goaziou/Mucchielli 2007, S. 36-57.
- Le Goaziou, Véronique; Mucchielli, Laurent (Hg.) (2007): *Quand les banlieues brûlent... Retour sur les émeutes de novembre 2005*, Paris 2007 (La Découverte).
- Loch, Dietmar (1999): „Vorstädte und Einwanderung“, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hg.): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn 1999 (Bundeszentrale für politische Bildung), S. 118-138.
- Marx, Karl (1852): „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, in: *MEW* 8, S. 111-207.
- Masclat, Olivier (2003): *La gauche et les cités. Enquête sur un rendez-vous manqué*, Paris 2003 (La Dispute).
- Massiah, Gustave (2006): „Soulèvement populaire dans les banlieues et idéologie sécuritaire“, in: Belaïd 2006, S. 81-92.
- Mergier, Alain (2005): „Pourquoi le ‘non’ était possible“, in: Finchelstein 2005, S. 14-25.
- Mucchielli, Laurent (2007): „Les émeutes de novembre 2005: les raisons de la colère“, in: Le Goaziou/Mucchielli 2007, S. 11-35.
- Ott, Laurent (2007): „Pourquoi ont-ils brûlé les écoles?“, in: Le Goaziou/Mucchielli 2007, S. 126-144.
- Peter, Lothar (2006): „Der Kampf gegen das CPE. Neue Aspekte der Protestbewegung in Frankreich“, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 66, S. 61-71.
- Poulantzas, Nicos (1968): *Pouvoir politique et classes sociales*, 2 Bände, Paris 1972 (François Maspero).
- Poulantzas, Nicos (1978): *L’Etat, le pouvoir, le socialisme*, Paris 1978 (PUF).
- Schmid, Bernhard (2005): „Treibhaus und Versuchslabor. Die Krawalle in den französischen Traubenstädten sind die Antwort auf die Territorialisierung der sozialen Frage“, in: *Konkret* 12/2005, S. 12-13.
- Schmid, Bernhard (2007): *Das Frankreich der Reaktion. Neofaschismus und modernisierter Konservatismus*, Bonn 2007 (Pahl-Rugenstein).
- Sire-Marin, Evelyne (2006): „Mortels contrôles d’identité“, in: Belaïd 2006, S. 117-129.
- Tiberj, Vincent (2005): „Les clivages sociologiques“, in: Finchelstein 2005, S. 42-55.
- Zappi, Sylvia (2007): „L’échec de la gauche antilibérale“, in: *Le Monde*, 29./30.4.07, S. 2.